

+++Presseerklärung 06. März 2024+++

Wir kämpfen weiter! Wintermahnwache gegen unzureichende Sozialpolitik am 13./14. März 2024 vor dem Roten Rathaus Berlin

Geschätzt sind gegenwärtig weit mehr als 50.000 Menschen in Berlin wohnungs- bzw. obdachlos und leben zum großen Teil unter würdelosen Verhältnissen. Bis 2030 will Berlin die Obdachlosigkeit beseitigt haben. Das Fehlen entsprechender nachhaltiger Maßnahmen ist ein Skandal. Deshalb organisiert unser breites Bündnis wieder eine große Mahnwache vor dem Roten Rathaus. Nähere Informationen dazu finden Sie in der nachfolgenden Pressemitteilung.

6. Wintermahnwache gegen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen

Vom 13. März auf den 14. März 2024 lädt das "Bündnis gemeinsam gegen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen" (<https://bundesgegenobdachlosigkeit.wordpress.com/>) zum sechsten Mal in Folge zu einer Mahnwache und gemeinsamem Übernachten vor dem Roten Rathaus Berlin ein. Um Obdachlosigkeit bis 2030 wirklich zu beenden, müssen statt vielem Reden endlich konkrete Taten folgen. Dass laufend wieder 24/7 Unterkünfte und Trailerparks geschlossen werden ist mehr als ein Skandal.

Weit mehr als 50.000 Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchtgeschichte sind in Berlin wohnungs- oder obdachlos und jährlich werden es mehr. Sie leben auf der Straße oder unter unwürdigen Bedingungen, wie in den zwangsgemeinschaftliche Massen- und Notunterunterkünften der Berliner Kältehilfe, in denen es keinerlei persönliche Rückzugsorte gibt. Um in den Quartieren der Kältehilfe übernachten zu dürfen, haben die betroffenen Menschen pünktlich am Abend zu erscheinen, müssen entwürdigende Taschen- und Personenkontrollen über sich ergehen lassen und werden am frühen Morgen wieder auf die Straße gesetzt.

Tausende Betroffene versuchen, ohne Obdach auf der Straße zu überleben. Jährlich erhöhen knapp 1.500 Zwangsräumungen die Zahl dieser Menschen ohne Obdach in Berlin weiter und jeden kann es treffen!. Profitinteressen sind wichtiger als das Menschenrecht auf eine eigene Wohnung. Obdachlose Menschen werden in unserer Gesellschaft abgewertet und ausgegrenzt. Sie werden aus dem öffentlichen Raum vertrieben, erhalten Platzverweise und Aufenthaltsverbote. Die Vertreibung durch Zäune um Parks ist mehr eine Gentrifizierungs-taktik als eine Sicherheitsstrategie. Durch das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) werden obdachlose Menschen stigmatisiert und kriminalisiert. Noch immer haben sie keinen uneingeschränkten, niedrighschwelligen Zugang zum Gesundheitssystem. Obdachlose Menschen werden immer wieder Opfer schwerer Gewalttaten. Sie brauchen unser aller Solidarität. Deshalb halten wir seit sechs Jahren Mahnwachen am Roten Rathaus ab.

Wir fordern, dass allen von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen mit und ohne ID eine eigene Wohnung angeboten bzw. ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird: Alternative selbstgewählte Wohnwünsche und Wohnformen (wie auch Zelte, Wohnwagen etc.) müssen respektiert, ermöglicht und geschützt werden. Solange dies nicht umgesetzt wird, können kurzfristige Alternativen nur die Unterbringungen z.B. in Apartments, Hotels, Pensionen oder anderen leerstehenden geeigneten Objekten sein und nicht - wie bislang - in zwangsgemeinschaftlichen Notunterkünften. Es gibt in Berlin genügend leerstehende

Gebäude und brachliegende Grundstücke, die mit wenigen Mitteln zum Wohnen hergerichtet und in selbstverwalteten Strukturen genutzt werden könnten.

Wenn die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Cansel Kiziltepe, sowie der Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Christian Gaebler, ganz genau wissen wollen, wie es den obdachlosen Menschen geht, können Sie dies von ihnen persönlich während der Mahnwache erfahren. Nur der Senat kann die Erfassung von Leerstand und dessen Beschlagnahmung veranlassen.

Die diesjährige Mahnwache beginnt am 12. März ab 18 Uhr wieder mit einem Austauschtreffen im Nachbarschafts- und Familienzentrum, Kiezanker 36, Cuvrystraße 13/14, 10997 Berlin (Kreuzberg). Dort kommen aktuell und ehemals von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen aus der ganzen Republik ins Gespräch mit organisierten Selbstvertretungen und Engagierten aus Berlin. Verschiedene Sichtweisen, Probleme und Lösungen werden diskutiert. Die Teilnehmenden werden durch eine Küfa (Küche für Alle) mit Speisen und Getränken versorgt.

Die Mahnwache findet seit 2019 regelmäßig vor dem Roten Rathaus statt. Sie beginnt am 13.3.24 gegen 16 Uhr und wird begleitet von dem Kiosk der Solidarität, musikalischen Beiträgen, Redebeiträgen von Selbstvertretungen und Engagierten. An beiden Tagen gibt es Speisen und Getränke von der Radtour für Obdachlose. Die Berliner Obdachlosenhilfe organisiert am 13.3.24 ab 19 Uhr eine Essensausgabe vor dem Roten Rathaus. In dem breiten solidarischen Programm wird der Künstler Martin Binder durch eine Ausstellung auf defensive menschenverachtende Architektur aufmerksam machen, die sich vor allem gegen Obdachlose richtet. Das Duschmobil ist mit seinem Angebot ebenfalls bis zum Abend des 13.3. vor Ort. Das gesamte Programm mit allen Unterstützenden und Kunstschaaffenden wird laufend aktualisiert und ist auf der Homepage (<https://bundnisgegenobdachlosigkeit.wordpress.com/>) zu finden.

Auch In diesem Jahr sind wir mit unserem Anliegen nicht allein: Das Bündnis "schlafen statt strafen" aus Dortmund wird am 13. März eine Aktion durchführen . Auch in anderen Städten gibt es Bündnisse und Netzwerke engagierter Menschen, die sich gegen Obdachlosigkeit engagieren.

Wir vernetzen uns, erarbeiten konkrete Vorschläge und werden solange Mahnwachen abhalten, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Es ist möglich, Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit zu überwinden!

Bündnis gemeinsam gegen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen

Pressekontakt: info@bündnis-gegen-obdachlosigkeit.de
Nicole +49 176 824 25 288 und Stefan +49 177 784 73 37